

November 2014

CVP POST

Werden Sie
Mitglied
www.cvp-bs.ch
und bewegen
Sie ein Stück
Basel!

Die CVP-Post ist das Parteiblatt der CVP Basel-Stadt und erscheint mehrmals jährlich. In der CVP-Post werden Sie über politisch aktuelle Themen informiert, Protagonisten schreiben Ihre Sicht der Dinge zu einem Standpunkt und Sie werden über kommende Anlässe orientiert.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder gar Themenvorschläge zur CVP-Post haben, so freuen wir uns auf Ihr Feedback an sekretariat@cvp-bs.ch.

Und jetzt wünschen wir Ihnen eine spannende und interessante Lektüre!

PAROLEN

für die Abstimmungen vom 30. November 2014

An der Parteiversammlung vom 6. November im Hotel Merian, fanden zur Ecopop-Initiative und der Integrations-Initiative interessante Podiumsgespräche mit Joël A. Thüring (SVP-Grossrat), Barbara Gutzwiller (Direktorin Arbeitgeberverband BS), Helen Schai (CVP-Grossrätin) und Markus Lehmann (CVP-Nationalrat) unter der Leitung von Patrick Huber (Präsident JCVP BS) statt.

Sodann wurden die folgenden Parolen gefasst:

Die CVP Basel-Stadt hat einstimmig die **Ablehnung der Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop)** beschlossen. Die CVP ist überzeugt, dass diese Initiative der Schweiz massiv schadet. Es ist mit beträchtlichen wirtschaftlichen Einbussen zu rechnen, die sich zum Nachteil der Arbeitnehmenden aller Lohnklassen, insbesondere auch der tieferen, auswirken werden.

Die CVP Basel-Stadt hat mit grossem Mehr die **Ablehnung der Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»** beschlossen. Die CVP ist insbesondere der Ansicht, dass es den Kantonen überlassen werden muss, über ihr Steuerwesen zu entscheiden, und es nicht die Sache privilegierter Kantone sein kann, den wirtschaftlich schlechter gestellten Kanton ein Instrument zu verbieten, welches ihnen Vorteile verschafft.

Die CVP Basel-Stadt hat einstimmig die **Nein-Parole zur Initiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»**



beschlossen. Die CVP ist der Ansicht, dass die Anbindung an Gold für schwierige Zeiten keinen Sinn macht, weil Gold gerade dann nicht sinnvoll veräussert werden könnte. Zudem wird die Nationalbank unnötig eingeschränkt. Die Goldinitiative basiert auf nostalgischen Überlegungen und macht in der heutigen Zeit keinen Sinn mehr. Ausserdem hätte die SNB durch die Initiative grosse Mühe den EUR/CHF-Mindestkurs zu halten, denn sie müsste einerseits für alle Euro zusätzlich noch Gold kaufen und andererseits könnten Währungsspekulanten anhand der Goldkäufe analysieren, wie die SNB genau agiert. Diesen Trumpf herzugeben, kann die Nationalbank in grosse Schwierigkeiten bringen.

Die CVP Basel-Stadt hat sowohl die **Initiative «Für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten (Integrationsinitiative)»** (einstimmig) als auch den **Gegenvorschlag** (mit grossem Mehr) **abgelehnt**. In der Stichfrage gibt die CVP dem Gegenvorschlag den Vorzug. Die CVP Basel-Stadt ist der festen Überzeugung, dass das Erlernen der Sprache ein fundamentaler Pfeiler der Integration ist. Da die Integrations Initiative zwar das richtige Thema auf den Tisch bringt aber juristisch kaum umsetzbar und eine Umsetzung mit hohen Kosten verbunden ist, hat die Partei die Initiative abgelehnt. Auch der Gegenvorschlag konnte die Partei nicht überzeugen, denn dieser ist ebenfalls mit hohen Kosten verbunden und zudem sind aus Sicht der CVP die Gutscheine für Sprachkurse, die der Kanton finanzieren soll, nicht gerechtfertigt.

VERBOT DER PAUSCHALBESTEUERUNG WÄRE UNSOLIDARISCH UND EIN EIGENGOAL



Mit dem international anerkannten und effizienten System der Pauschalbesteuerung nimmt die Schweiz jährlich über eine Milliarde Franken Steuern ein. Nehmen wir die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung an, fehlen diese Einnahmen künftig. Es sind Mittelstand und KMU, die mit höheren Steuern zur Kasse gebeten würden. Besonders betroffen sind die Romandie, das Tessin, ländliche Gebiete und die Bergkantone. Dort bedroht die Initiative die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Talschaften. 22 000 Arbeitsplätze sind gefährdet.

Die Pauschalbesteuerung ist ein wichtiges Instrument für die Steuerbehörden. Mit diesem können sie effizient von Ausländerinnen und Ausländern, die in der Schweiz nicht erwerbstätig sind, Steuern einholen. Die Steuern werden dabei nicht aufgrund des Einkommens, sondern auf der Basis der jährlichen Ausgaben berechnet. Die Bedingungen für die pauschal Besteuerten werden auf 2016 nochmals verschärft.

Viele andere europäische Staaten kennen speziell auf pauschal Besteuerte ausgerichtete Modelle. Schaffen wir die Pauschalbesteuerung ab, würden sie diese Personen noch so gerne abwerben. Das wird ihnen auch zweifelsohne gelingen. Denn pauschalbesteuerte Personen sind sehr mobil. Ohne ihre Immobilien in der Schweiz aufzugeben oder ihr Leben gross anpassen zu müssen, können sie ihr Steuerdomizil wechseln. Viele Länder in Europa und weltweit werden sie mit Handkuss aufnehmen. Wir in der Schweiz werden derweil mit Steuererhöhungen zu kämpfen haben. Denn es werden Mittelstand und KMU sein, die für die Steuerausfälle aufkommen müssen.

Die 5 500 pauschalbesteuerten Personen zahlen zudem nicht nur Steuern: Eine Studie der eidgenössischen Steuerverwaltung schätzt die jährlichen Ausgaben der Pauschalbesteuerten auf 3 Milliarden Franken. An dieser hohen Summe hängen über 22 000 Arbeitsplätze, vor allem in der Baubranche, im Freizeitbereich, im Tourismus- und im Dienstleistungssektor. Weiter unterstützen die Pauschalbesteuerten kulturelle, soziale und karitative Insti-

tutionen mit 470 Millionen Franken pro Jahr. Für ein vielseitiges gemeinnütziges Engagement steht das Wintersportgebiet Glacier 3 000 zwischen Le Diablerets und Gstaad – dieses konnte dank pauschalbesteuerten Personen realisiert werden.

Besonders treffen würde die Annahme der Initiative einmal mehr die Leute in den Bergen und auf dem Land. Es wäre unsolidarisch, ihnen die Entwicklungschancen zu verbauen. Aber auch die Romandie und das Tessin, wo besonders viele pauschalbesteuerte Personen Steuern zahlen, müssten empfindliche Mindereinnahmen verkraften. Das wirtschaftliche Potenzial über die pauschal besteuerten Personen ist enorm. Sie belasten unser Sozialsystem nicht, zahlen aber einen sehr hohen Beitrag – mit Steuern, und hohen Beiträgen bei AHV und Mehrwertsteuer.

Die Initiative gefährdet ohne Not diese hohen Einnahmen für die Gemeinden, Kantone und das regionale Gewerbe. Wieso sollten wir Personen vertreiben, die uns viel mehr einbringen, als sie kosten? Wehren wir uns gegen zentralistische Vorschriften, und entscheiden wir uns für Solidarität mit den Gemeinden und Kantonen, in denen die Pauschalbesteuerung wichtig ist!

Aus diesen Gründen ist die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung am 30. November 2014 abzulehnen. Die Vernunft sollte uns leiten und nicht eine falsche Fährte, die wiederum diejenigen bestraft, die ohnehin die grössten Belastungen haben, KMU und Mittelstand. Basel-Stadt zahlt dann z.B. wieder mehr an den Finanzausgleich, wenn solche Einnahmen ausbleiben. Basel-Stadt hat die Pauschalbesteuerung abgeschafft - es waren 6 Personen - was für unseren Kanton nicht so sehr ins Gewicht gefallen ist. Aber wollen wir für die Steuerausfälle in den betroffenen Kantonen mitbezahlen? Ich meine Nein, darum auch ein «Nein» zur Pauschalbesteuerungs-Initiative!

Markus Lehmann,
Nationalrat



EU-Verhandlungen durchgespielt

Eine Medienmitteilung vom 15.09.2014 der ETH Zürich zu den Verhandlungen über die Konsequenzen der Masseneinwanderungsinitiative zwischen der Schweiz und der EU.

Verhandlungen mit der EU über die Personenfreizügigkeit simulieren: Zwei Professoren der ETH Zürich und der Universität Zürich wollten im Rahmen eines Seminars herausfinden, ob sich die Methode der Simulation nicht nur in den technischen Wissenschaften, sondern auch im politischen Kontext als Prognoseinstrument verwenden lässt. Akteure waren – nebst Studierenden – erfahrene Vertreterinnen und Vertreter aus Diplomatie und Politik.

Nachdem im Februar 2014 die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung angenommen wurde, muss die Schweiz entscheiden, mit welchen Vorgaben sie in die Neuverhandlungen zur Personenfreizügigkeit mit der EU einsteigen möchte. Vor diesem Hintergrund hat am Freitag den 12.09.2014 an der ETH Zürich ein einzigartiges Seminar stattgefunden, in dem diese Verhandlungen mit der EU unter möglichst realitätsnahen Bedingungen simuliert wurden. Konzipiert wurde die Lehrveranstaltung durch die ETH-Professur Verhandlungsführung zusammen mit dem Lehrstuhl für Europarecht an der Universität Zürich, dem Europa Institut an der Universität Zürich und dem Think Tank «foraus». Durch das Simulationsexperiment wollten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Erkenntnisse über die verschiedenen Verhandlungslogiken der Akteure gewinnen. Zudem sollten die Erfolgsaussichten von verschiedenen Verhandlungspositionen getestet und gleichzeitig überprüft werden, wie zuverlässig dieses Instrument der Verhandlungssimulation an sich ist. 24 Studierende der ETH Zürich, der Universität Zürich sowie der Universität Genf hatten die Möglichkeit, den Ablauf der simulierten diplomatischen Verhandlungen mitzugestalten, zu analysieren und zu beurteilen.

Die Anlage der Simulation

In drei parallel laufenden Verhandlungen sassen sich jeweils eine Delegation aus der Schweiz und eine aus der EU gegenüber, wobei jede Delegation aus einer Fachper-

son aus der Diplomatie und einer aus der Politik bestand. Auch die beteiligten Studierenden hatten fest zugeteilte Rollen, als Assistierende, Beisitzende oder Beobachtende der einzelnen Verhandlungsdelegationen. Während die Schweizer Delegationen mit drei verschiedenen Mandaten ins Rennen stiegen, traten die drei EU-Delegierten alle mit der gleichen Verhandlungsposition an, welche die wichtigsten Anliegen der EU berücksichtigte. Alle Verhandlungsteilnehmenden erhielten die vertraulichen Mandate eine Woche im Voraus, um sich vorbereiten zu können. Die Verhandlungsteams wurden einen Tag vor der Simulation zufällig zugelost.

Die Mandate

Die Mandate A und B sehen jährlich festgelegte Kontingente vor und berücksichtigen den Inländervorrang. Während beim Mandat A aber schon Erwerbstätige ab 3 Monaten unter das Kontingent fallen, wäre dies beim Mandat B erst nach 12 Monaten der Fall. Dieser Unterschied hat grosse Auswirkungen, da im zweiten Fall die Zahl der Personen, die unter das Kontingent fallen würden, schätzungsweise nur halb so gross wäre. Zudem wird bei den Mandaten die Zahl der Grenzgänger unterschiedlich reguliert. Beim Mandat A existiert eine Nachweispflicht, dass nur ein Ausländer oder eine Ausländerin für diese Arbeit gefunden werden konnte; beim Mandat B hingegen wird der Inländervorrang lediglich summarisch in der Berechnung der Höchstzahlen berücksichtigt. Mandat A entspricht im Wesentlichen dem Vorschlag, den der Bundesrat am 20. Juni 2014 vorgestellt hatte.

Mandat C ist ein an der Professur Verhandlungsführung der ETH Zürich entwickelter Vorschlag, der sich grundsätzlich von den anderen beiden Vorschlägen unterscheidet: Es gibt keine fixen Kontingente, dafür werden jährlich Höchstzahlen bzw. Schwellenwerte definiert und eine Schutzklausel für statistische Ausnahme-

situationen verankert. Die Schwellenwerte werden aufgrund objektiver Faktoren wie zum Beispiel dem Mittelwert der Nettozuwanderungen im Freizügigkeitsraum EU/EWR/CH berechnet. Wird der Schwellenwert erreicht, könnte die Zuwanderung beschränkt werden.

Kleine Verhandlungsbasis

Es zeigte sich, dass bei allen durchgespielten Mandaten die Verhandlungsbasis klein war und auf der Ebene der Grundsätze wohl keine Lösung möglich ist. Als besonders hohe Hürde stellte sich der Inländervorrang heraus. Weiter zu prüfen bleibt, ob eine Annäherung im Sinne eines pragmatischen Ansatzes möglich wäre, wie es das Mandat C mit der Einführung von Schutzklauseln darstellt. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen in den kommenden Wochen nun das Experiment auswerten und herausfinden, inwiefern die Simulationsmethode generell prognostische Aussagen über Verhandlungen zulässt.

Hauptverantwortliche für das Simulationsprojekt waren Prof. Michael Ambühl und Prof. Matthias Oesch.

Kommentar: Die Simulation der ETH Zürich zeigt eindrücklich und sehr bildlich auf, dass die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU sehr schwierig und kompliziert sind. Allerdings lässt sich auch aus der Studie herauslesen, dass noch nicht jede Möglichkeit vertan ist und es mit grossen Anstrengungen möglich sein könnte, eine Vereinbarkeit zwischen Masseneinwanderungsinitiative und Bilateralen Verträgen herzustellen. Eine Möglichkeit, die es nach einer Annahme der Ecopop-Initiative sicher nicht mehr gäbe.

Patrick Huber



ALLE GEGEN ECOPOP!

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» des Vereins Ecopop genießt trotz ihrer Radikalität laut Umfragen eine grosse Sympathie bei den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern – insbesondere bei rechts Wählenden und radikalen Umweltschützenden. Die Initiative will die Nettozuwanderung auf 0.2% der ständigen Wohnbevölkerung – momentan auf rund 16 000 Menschen – begrenzen. Weiter will die Initiative mehr Mittel der Entwicklungshilfe in die Familienplanung stecken, mit der Idee, dass Familien in Entwicklungsländern weniger Kinder haben.

Das Argument des sogenannten Dichtestresses wurde schon bei der Masseneinwanderungsinitiative ins Feld geführt. Zusammen mit der Angst, dass in der Schweiz immer noch mehr Menschen wohnen könnten, sorgte der Dichtestress für die nötige Angst, die Initiative anzunehmen. Doch nehmen wir diesen Dichtestress ein wenig genauer unter die Lupe: Das beschauliche Basler Bergdorf Bettingen kennen Sie bestimmt. Mit seinen Bauernhöfen, saftigen Wiesen und grossen Waldgebieten ist in Bettingen die Welt ja noch in Ordnung. Wäre allerdings die ganze Schweiz so «dicht» besiedelt wie das 1211-Seelen-Dorf, so wohnten in der Schweiz über neun Millionen Einwohnern. Mit anderen Worten: die Schweiz ist im Durchschnitt weniger dicht besiedelt als Bettingen und selbst dort oben würde nie jemand das Wort Dichtestress in den Mund nehmen.

Ein weiteres scharfes Argument der Ecopoper (wenn man sie denn so nennen darf) ist die Umwelt. Jene Leute, die bürgerlichen Politikern oft kleinräumliches anstatt globales Denken vorwerfen, tapen in ihre eigene Falle. Dem Umweltschutzgedanken liegt der fundamentale Irrglaube zu Grunde, dass es die Umwelt interessiert, wo CO₂ ausgeschieden, eine Grünfläche verbaut oder ein Baum gefällt wird. Auch wenn diese Vorgänge nicht positiv gesehen werden, so ist es für die Umwelt oder das Klima völlig irrelevant, ob ein Deutscher in Deutschland Auto fährt oder in der Schweiz. In meinen Augen ist dieses Argument der offensichtlichste Hinweis auf die Fremdenfeindlichkeit, die in Wahrheit hinter dieser Initiative steckt.

Über die aus meiner Sicht menschenverachtende Meinung, wir müssten in anderen Ländern mitbestimmen, wer wie viele Kinder haben darf, schreibe ich äusserst ungern. Darum nur so viel: Stellen sie sich vor, ein noch reicheres Land als die Schweiz (z.B. Luxemburg) beschliesst in einer Volksabstimmung, wie die Schweizer Familienplanung auszusehen hat – gohts no?!?!?

Für die Wirtschaft wäre diese Initiative verheerend. Während grosse, multinationale Unternehmen wohl einfach in ein anderes Land wegziehen würden, weil sie ihre Fachkräfte nicht mehr rekrutieren könnten, blieben unsere KMU oft auf der Strecke. Als Zulieferer der grossen Firmen würden sie ihre Aufträge und früher oder später auch ihre Existenz verlieren. Ebenfalls hätten viele KMU und auch grössere Firmen durch den Wegfall der Bilateralen grosse Handelshemmnisse, so müssten sie z.B. wieder jedes zu exportierende Maschinenmodell in jedem EU-Land einzeln prüfen und zertifizieren lassen, was ein riesiger Aufwand wäre. Durch diese Initiative könnten in der Schweiz spielend Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden.

Für rechts Wählende ist wahrscheinlich nur ein Feindbild grösser und stärker als die Migration, nämlich die EU. Dazu machte SVP-Regierungsrat Thomas Weber (BL) am Pfeffinger-Forum eine spannende Aussage. Speziell Personen, die dem SVP-Parteibuch nahe stehen, müssten die Ecopop-Initiative ablehnen. Denn wenn die Initiative angenommen wird und die Bilateralen gekündigt werden müssen, gibt es nur noch eine Möglichkeit den Wohlstand in unserem Land einigermaßen halten zu können, und diese wäre ein EU-Beitritt.

Es gibt also sehr viele Gründe diese Initiative abzulehnen und so gut wie keinen dafür. Lassen Sie uns gemeinsam alle an die Urne bewegen und dieser menschenverachtenden und schädlichen Initiative jene deutliche Abfuhr erteilen, die sie verdient!

Patrick Huber
Präsident Junge CVP BS

Persönlich

Die CVP Basel-Stadt gratuliert folgenden Mitgliedern und Sympathisanten zum runden Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft:

Oktober

- 04. Bruno Lötscher-Steiger (60)
- 09. Rita Jenni (30)
- 16. Alexander Ruch (70)
- 16. Erika Schweitter-Eiholzer (70)
- 18. Rico Jenny-Pangrazzi (75)
- 27. Mathieu Cudré-Mauroux (20)
- 28. Josef Flury (75)
- 31. Armin Ab Egg (90)

November

- 02. Andreas Schenker-Geisser (70)
- 05. Peter Riedel (60)
- 05. Katharina Bruni-Gunti (60)
- 19. Felix Rudolf von Rohr (70)
- 20. Hélène Romer-Fürst (90)
- 21. Pierre Reinau (70)
- 25. Martin Cron-Borer (70)

Veranstaltungen im 2014

Mittwoch 19. November
Mittelstandslunch mit
RR Dr. Lukas Engelberger

Samstag 22. November
Delegiertenversammlung der
CVP Schweiz in Bern

Dienstag 9. Dezember
CVP Schweiz - Forum Politique
Suisse in Bern

Dienstag 16. Dezember
Weihnachtsessen